

Medienmitteilung

Bern, 1. Juni 2018

Vaterschaftsurlaub: sgv dezidiert gegen neue Sozialversicherung

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst den Entscheid des Bundesrats, die Vaterschaftsurlaubsinitiative abzulehnen und auf einen Gegenvorschlag zu verzichten. Der Sozialstaat hat die Grenzen des finanziell Tragbaren längst erreicht. Wirtschaft und Erwerbstätige sind nicht länger bereit und vielfach schlicht nicht in der Lage, immer höhere Beiträge und Lohnabzüge zu tragen. Auf Gesetzesstufe braucht es keine neuen Vorgaben.

Die Ablehnung der Gewerkschaftsinitiative AHVplus sowie das doppelte Nein zur Altersvorsorge 2020 zeigen überdeutlich: Die Stimmberechtigten wollen keinen weiteren Sozialausbau. Die Volksinitiative von Travail.Suisse zur Einführung eines mindestens vierwöchigen Vaterschaftsurlaubes hätte unweigerlich höhere Lohnbeiträge für den Erwerbsersatz EO zur Folge. Sie liegt daher quer in der politischen Landschaft und ist klar abzulehnen.

Junge Väter und Familien haben heute vielfältige Möglichkeiten: Die Flexibilisierung des Arbeitsortes und der Arbeitszeit ermöglichen eine gute Kombination von Familie und Beruf. Auch ist es Sache der Sozialpartner, gegebenenfalls Branchenlösungen zu finden. Das gilt natürlich für Mann und Frau. Eine gesetzliche Regelung braucht es hingegen nicht.

Die Gewerkschaften versuchen den Vaterschaftsurlaub an die bestehenden Regelungen für Mütter anzulehnen. Das ist falsch. Im Gegensatz zu einer Mutterschaft, bei welcher der Gesetzgeber der stillenden Mutter zwingend ein mindestens achtwöchiges Arbeitsverbot auferlegt, gibt es für Väter keinen durch den Gesetzgeber hervorgerufenen Erwerbsausfall, den es zu kompensieren gilt.

Weitere Auskünfte**Hans-Ulrich Bigler**, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09**Kurt Gfeller**, Vizedirektor, Tel. 031 380 14 31, Mobile 079 207 83 68

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht.